



Geschäftsführung Jugendhilfeausschuss

Frau Wolf

Telefon: (0221) 221 24954

E-Mail: karin.wolf1@stadt-koeln.de

Datum: 15.09.2021

Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 07.09.2021

öffentlich

4.4 Ausschreibung Mittagessen in städtischen Kindertageseinrichtungen 2595/2021

Frau Kessing begrüßt, dass ein Bio-Anteil enthalten ist, der bei tierischen Produkten sogar bei 100 Prozent liege. Auch wenn sie sich insgesamt eine höhere Bio-Quote wünsche, sehe sie auch die Schwierigkeit der Umsetzung bei einer solch großen Menge. Als schwierig empfinde sie den Preis von 1,90 Euro pro Essen und sie empfiehlt, diesem Punkt nochmal nachzugehen, insbesondere da gute Qualität gewünscht sei.

Sie fragt im Hinblick auf die jetzige Ausschreibung für 2 Jahre (mit Option auf Verlängerung), ob eine Ausschreibung für nur 1 Jahr mit Option auf Verlängerung möglich sei, und welche Konsequenzen eine kürzere Ausschreibungsfrist hätte.

Sie nimmt Bezug auf die Mitteilung unter TOP 4.4.1 und führt aus, dass es seit 2017 einen Beschluss gebe, modellhaft in städtischen Kitas frisch zu kochen. Ihr sei nicht klar, warum das „Frisch kochen“ nicht bei 1 oder 2 städtischen „Probe-Kitas“ möglich sein soll und weist darauf hin, dass es bei den freien Trägern auch funktioniere. Sie möchte wissen, woran es liege und bittet nachdrücklich darum, den Beschluss umzusetzen.

Frau Schmerbach fragt hinsichtlich des Vergabeverfahrens, ob auch Inklusionsbetriebe, Träger des zweiten Arbeitsmarktes, Bürgerhäuser oder -zentren angesprochen werden.

Herr Gümüs nimmt Bezug auf den Beitrag von Frau Kessing zu der Mitteilung und schließt sich dem Wunsch an, den politischen Beschluss in die Tat umzusetzen. Zu dem Thema Ausschreibung schlägt er ebenfalls vor, die Lose kleiner zu machen, um auch regionale Anbieter mit berücksichtigen zu können. Der Bio-Anteil sei zu gering und müsse gegebenenfalls Stück für Stück erhöht werden.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen hinterfragt ebenfalls, warum es bislang keine zwei Modell-Kitas gebe.

Herr Beigeordneter Voigtsberger erklärt, dass „frisch kochen in Kitas“ nicht flächendeckend angeboten werden könne. Auf die diesbezüglichen Hürden sei in der Mitteilung hingewiesen worden.

Gleichwohl sei die sich bietende Chance zum Neubau in der Franz-Werfel-Strasse in Holweide aufgegriffen worden, um dort als „Pilot-Kita“ das „frisch kochen“ zu berücksichtigen.

Frau Kessing fragt, ob es zur Franz-Werfel-Strasse einen konkreten Zeitplan gebe.

Herr Beigeordneter Voigtsberger erklärt, dass die diesbezügliche Beantwortung in der Niederschrift erfolge.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen weist auf die Dringlichkeit der Umsetzung hin.

Herr Neumann führt aus, dass die Stadt Köln mit dem „frisch kochen-Projekt“ Neuland betrete. Es handele sich um ein sehr kompliziertes Verfahren, welches mit dem zentralen Vergabeamt erst aufgebaut werden müsse. Es werden darin Qualitätskriterien aufgeführt, verbunden mit der Abfrage, wer diese anbieten könne und zu welchem Preis.

Der anfänglich geplante 20-prozentige Bioanteil könne und solle noch wachsen.

Es müssen die Akzeptanz vor Ort wie auch die finanziellen Auswirkungen geprüft werden.

Herr Neumann erklärt, dass es sich bislang um 2 Lose handele, ein drittes käme jedoch noch hinzu: „Cook and hold“, also eine Warmanlieferung. Hierfür seien circa 4.000 Essen geplant. In diesem Kontext sei vorgesehen, auch die kleineren Anbieter, insbesondere in Köln anzusprechen. Keinesfalls wolle die Stadt Köln nur mit einem Monopolisten zusammenarbeiten.

2 Jahre halte er für eine kurze Zeitspanne für diese Ausschreibung, da Erfahrungen gesammelt werden müssen. Es müsse möglich sein, zu prüfen, wo gegebenenfalls nachzusteuern wäre. Er weist darauf hin, dass kein Anbieter einen Preis für 1 Jahr nennen werde, denn auch die Anbieter benötigen eine zuverlässige und somit längerfristige Planbarkeit.

Er nimmt Bezug auf die 1,90 Euro pro Essen pro Tag und führt aus, dass abgewartet und geprüft werden müsse, was an Angeboten hereinkomme. Auf diesen Grundlagen könne dann eine Kostenaufstellung erstellt werden.

Die Ausschreibung laufe bis Ende des Jahres. Mit dem Projekt solle am 01. August 2022 gestartet werden. Somit gebe es Zeit, die erforderlichen Details zu diskutieren.

Es sei eine entsprechende Beschlussvorlage für das erste Quartal 2022 geplant.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen fragt, ob bereits Kontakt aufgenommen werden konnte. Es werden Preisperspektiven benötigt, da die Haushaltsdiskussionen anstehen.

Herr Glaremin stellt klar, dass es sich um eine Ausschreibung handele. Die Ausschreibung sei eine Auflage des Rechnungsprüfungsausschusses. Es gebe keine Absprachen. Die Kriterien der Ausschreibung stehen im Vordergrund. Haushaltsauswirkungen seien nicht zu berücksichtigen, da es sich um eine privatrechtliche Forderung gegen die Eltern handele.

Eine Kostendiskussion könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht geführt werden, da die Anbieter noch nicht ihre Angebote abgeben konnten.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen fragt, ob bereits eine ungefähre Einschätzung bestehe, welche Kostendimension ein solches Verfahren umfasse. Er befürchte, dass 1,90 Euro nicht ausreichen werden.

Herr Glaremin schließt sich dieser Vermutung an, dass 1,90 Euro nicht ausreichend sein könnten. Er befürchtet, dass der Essensbeitrag angehoben werden müsse.

Herr Gümüs weist auf die Möglichkeit hin, dass bei langfristigen Ausschreibungen die Gefahr bestehe, zu lange an einen Anbieter gebunden zu sein, wenn das Essen nicht den Qualitätskriterien entspreche.

Frau Riedmann fragt, ob der JAEB beteiligt werden könne. Sie begrüße es, wenn die regionalen und auch die Bio-Quoten steigen würden.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen fragt nach der Möglichkeit, nur für 1 Jahr mit Option auf Verlängerung auszuschreiben.

Herr Neumann weist darauf hin, dass Kündigungsmöglichkeiten bestehen. Er kündigt an, dass für die Auswahl Gremien gebildet werden und Vertreter aus dem JAEB dazu eingeladen werden.

Frau Kessing fragt nach der Möglichkeit eines Zwischenberichts nach einem Jahr und erklärt, dass sie die Bedenken der Verwaltung nachvollziehen könne.

Herr Neumann stellt heraus, dass 2 Jahre bereits eine sehr kurze Frist seien. Einen Zwischenbericht nach 1 Jahr könne er zusagen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger ergänzt, dass die Verwaltung sich zeitig Gedanken machen werde und spricht von einem Zeithorizont von 13 – 14 Monaten. Dann können Erfahrungen ausgetauscht werden, um die nächsten Schritte zu einzu-leiten.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen hält die Berichterstattung nach einem Jahr wie auch die Einbeziehung des JAEB in die Diskussion der Verlängerung fest.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Mittagessen für städtische Kindertageseinrichtungen mit den in der Vorlage genannten Qualitätskriterien auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (2), FDP-Fraktion (1), Evangelischer Kirchenverband Köln und Region in Vertretung für AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Evangelische Jugend in Köln in Vertretung für BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- 1 Gegenstimme: Fraktion Die Linke.
- keine Enthaltungen

Mehrheitlich zugestimmt.

Frau Schönhals (Evangelischer Kirchenverband Köln und Region) stimmt stellvertretend ab für Frau Volland-Dörmann (AWO Kreisverband Köln e.V.).

Frau Körfgen (Evangelische Jugend in Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Kaven (BDKJ Erzdiözese Köln e.V.).